

Laumann: Hartz-Urteil kein Ruhmesblatt für Politik



NRW-Sozial- und
Gesundheitsminister Karl-
Josef Laumann (CDU)

Düsseldorf - Das Hartz-IV-Urteil des Verfassungsgerichts ist aus Sicht des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers Karl-Josef Laumann (CDU) „kleine Ruhmesblatt für die deutsche Sozialpolitik“. Der Richterspruch sei „für die Politik auch ein Stück weit beschädigend, weil das der Fachwelt schon lange klar war“, sagte Laumann am Dienstag in Düsseldorf. „Das ist heute keine Sternstunde für die Politik.“

Die Landesregierung habe schon 2007 mit einer Bundesratsinitiative dafür geworben, dass die Regelsätze sauber von wissenschaftlichen Erhebungen abgeleitet werden. Diesem Anliegen hätten sich aber alle SPD-Bundesarbeitsminister von Wolfgang Clement über Franz Müntefering bis Olaf Scholz verweigert.

Die Kommunen befürchten bereits neue Belastungen, falls die Regelsätze erhöht werden sollten und forderten einen Ausgleich. In dem anstehenden Gesetzgebungsverfahren müsse die Landesregierung sich dafür starkmachen, dass die notwendigen Leistungen bei den Kindern auch tatsächlich ankommen, forderte der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages NRW, Martin Klein. Entlastungen, die den Kommunen nach der Einführung von Hartz IV versprochen wurden, seien hier nie angekommen.

Tatsächlich seien sie im vergangenen Jahr in NRW sogar um 60 Millionen Euro zusätzlich belastet worden. Klein warf dem Bund vor, sich mit „Taschenspielertricks“ zusehends auf Kosten der Kommunen zu entlasten. Dabei werde das Geld gerade hier gebraucht, um Armut vorzubeugen: „Mit Bildungsangeboten, Kinderbetreuung, Unterstützung an den Schulen und bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz.“

Die Wohlfahrtsverbände NRW appellierten an die Landesregierung, mehr in Bildung, Qualität der Schulkinderbetreuung und Lernmittelfreiheit zu investieren. Die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe unterstrich in einer Mitteilung, eine Anpassung der Regelsätze reiche allein nicht aus. „Wir bleiben dabei, die wirksamste Waffe gegen Kinderarmut ist eine ausreichend bezahlte Beschäftigung der Eltern.“

Laumann warnte aber davor, das Thema Hartz IV mit dem „Nebenkriegsschauplatz“ eines staatlichen Mindestlohns zu verbinden. „Ich bin nicht der Meinung, dass wir vom Staat festgesetzte Löhne brauchen, sondern ich will, dass auch im Niedriglohnssektor Tariflöhne existieren.“

09 · 02 · 10

URL: http://www.mv-online.de/aktuelles/nrw/1268078_Laumann_Hartz_Urteil_kein_Ruhmesblatt_fuer_Politik.html

© Münsterländische Volkszeitung - Alle Rechte vorbehalten 2010